

Danziger Zeitung.

Nr. 18207.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 1, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Insertionskosten für die sieben geplatteten gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Teleg. Nachrichten der Danz. Zeitung.

Coburg, 23. Mär. Der Herzog von Edinburgh ist heute hier eingetroffen.

Chemnitz, 23. Mär. Da die Arbeiter der Webereibranche in eine Lohnbewegung eingetreten sind und seitens derselben Arbeitseinstellungen zu befürchten stehen, haben die hiesigen dem genannten Industriezweige angehörigen Fabrikanten ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem sie sich bei einer, je nach Größe der Fabrik, von 100—1000 Mk. schwankenden Einnahme verpflichten, keinen Arbeiter, der sich an einem Strike beteiligt hat, wieder aufzunehmen.

Madrid, 22. Mär. In der Deputirtenkammer erklärt der Finanzminister die Nachricht des „Impartial“ betreffend die gefälschten Noten für völlig unbegründet. Eine ähnliche Erklärung gab der Bankdirektor Alvarez im Senate ab.

Bukarest, 23. Mär. Der Kronprinz von Italien ist heute Morgen abgereist. Die Kammer beschloß mit 61 gegen 31 Stimmen in die Bezeichnung des Budgets einzutreten.

Görlitz, 23. Mär. Wie das Journal „Swoboda“ meldet, wird die Untersuchung in der Panikaffäre in Folge neuer Entdeckungen, durch welche die Angeklagten noch mehr belastet werden, noch einige Tage fortgeführt.

Belgrad, 28. Mär. Der Industrielle Wessert ist zum Gouverneur der serbischen Nationalbank bestellt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 24. Mär.

Im Gross geschieden!

In das Feuer der Discussion über die Gründe zum Rücktritt des Fürsten Bismarck ist von neuem Del gegossen worden durch den bereits telegraphisch erwähnten Artikel des Organs des Fürsten Bismarck selbst, der „Nordd. Allg. Ztg.“, der in einem so eindrücklich grollenden Tone gehalten ist und so seltsame Streiflichter auf das frühere Verhältnis zwischen Kanzler und Krone fallen lässt, daß wir auch den Artikel in seinen Haupttheilen wörtlich wiederzugeben veranlaßt sind. Es heißt darin:

„Von der Rücknahme eines ersten Entlassungsgesuchs, von dem der „Hamburgische Correspondent“ spricht, ist in den beteiligten Kreisen nichts bekannt. Der Reichskanzler hat kein Gesuch zurückgenommen. Es beruht auf einer irrtümlichen Information des „Hamburgischen Correspondenten“, wenn er behauptet, der Versuch des Fürsten, Resignation zu üben, habe als endgültig mißlungen angesehen werden müssen, als er spricht, „daß Fürst Bismarck von der Bestimmung nicht abgenommen, wonach kein unmittelbarer Verkehr der Staatssekretäre und, auf Grund einer alten Cabinetordre vom Jahre 1852, selbst nicht der der preußischen Minister mit dem Landesherrn ohne seine Controle und Mitwirkung stattzufinden habe.“

Was der „Hamburgische Correspondent“ als „transpiriert“ bezeichnet, stimmt mit unserer eigenen Information überein. Der Verkehr der Staatssekretäre mit dem Kaiser ist durch die Verfassung und das Stellvertretungsgesetz definitiv geregelt. Die Beziehungen der preußischen Minister zum Landesherrn wurden es 1852, als sich nach Einführung der Verfassung die Nothwendigkeit dazu herausstellte, und die Stellung des Ministerpräsidenten zu seinen Collegen hat bisher ausschließlich auf einer Orde des gebrochenen Jahres beruht, wenn auch unter dem Präsidium des Fürsten Bismarck bis in die jüngste Zeit kein Bedürfnis vorgelebt hatte, in öffentlicher Weise auf diese für den Ministerrat bestehende Regulativbezeugung zu nehmen. Erst in den letzten Wochen hat der Präsident des Staatsministeriums ein solches Bedürfnis empfunden. Es ist auch richtig, daß er zur Ausführung des kaiserlichen Befehls, die Orde von 1852 aus der Welt zu schaffen, die Hand nicht hat bieten wollen, weil er dieselbe für unentbehrlich hielt, wenn ein Präsidium des Staatsministeriums fortbestehen sollte. Der „Hamburgische Correspondent“ ist wohl unterrichtet, wenn er annimmt, daß diese Ablehnung dem Präsidenten des Staatsministeriums über die unabwählliche Nothwendigkeit seines Rücktritts tatsächlich die volle Klarheit gegeben hat.

Ein Irrthum dagegen ist es, wenn der „Hamburgische Correspondent“ annimmt, daß Besprechungen des Fürsten Bismarck mit Herrn Windthorst das Cumberland'sche Vermögen zum Gegenstande gehabt haben. Wir sind sicher, daß hiervom nicht die Rede gewesen ist. Der Verkehr des Kanzlers mit Windthorst spielt in der ganzen Krise nur insofern eine Rolle, als der Kanzler sich geweigert hat, seinen Verkehr mit Abgeordneten einer Controle zu unterwerfen.

Unvollkommen unterrichtet zeigt sich der „Correspondent“ weiter, wenn er behauptet, daß es an Versuchen, den Fürsten zur Weiterführung der auswärtigen Politik zu bewegen, nicht gesetzt habe. Im preußischen Staatsministerium mögen Versuche der Art allerdings stattgefunden haben; aber persönliche Schritte des Kaisers oder einflussreicher Bundesfürsten sind nicht erfolgt. Ob die Trennung der auswärtigen von der inneren Politik nach unseren verfassungsmäßigen Einrichtungen praktisch ausführbar gewesen sein würde, darüber sind die Meinungen geteilt. Diesjenige, daß es thunlich sei, scheint heute nicht vorzuherrschen, da auch bei dem Nachfolger des Fürsten Bismarck die kaiserliche Stellung und die des Präsidenten des Staatsministeriums ungetrennt bleiben werden.“

Die „N. A. Z.“ konstatiert schließlich, daß, wenn auch Versuche, den Fürsten Bismarck wenigstens zur Weiterführung der auswärtigen Politik zu veranlassen, im Staatsministerium nicht gesetzt haben möchten, so doch persönliche Schritte des Kaisers oder einflussreicher Bundesfürsten in dieser Richtung nicht erfolgt seien. Richtig ist diese Nachricht doch nur, insofern sie sich auf die letzten Krisistage bezieht. Dass Erwägungen stattgefunden haben im Sinne einer Beschränkung des Reichskanzlers auf die Leitung der auswärtigen Politik, die indessen bei dem Fürsten Bismarck nicht das gewünschte Entgegenkommen gefunden haben, wurde uns bereits vor etwa 8 Tagen aus sehr guter Quelle gemeldet. Dass seit dem 15. der Kaiser oder Bundesfürsten Versuche dieser Art nicht mehr erneuert haben, kann bei der Lage, in der sich

die Dinge befanden, weiter nicht mehr überraschen. Die entscheidende Frage war eben ohne Zweifel so scharf gestellt, daß von Vermittelung oder Vergleichung nur die Kede sein konnte, wenn die eine der beiden streitenden Parteien sich selbst ins Unrecht setzte.

Merkwürdig in dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist die Bestätigung der Annahme, daß die Bekanntmachung des Fürsten Bismarck mit Herrn Dr. Windthorst nicht ohne Einfluß auf die Krise gewesen sei. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meint, Fürst Bismarck habe sich nach ihrer Ansicht ohne Zweifel mit Recht geweigert, seinen Verkehr mit Abgeordneten einer Controle zu unterwerfen. Vielleicht beugt sich der unangenehme Eindruck, den die Conferenz mit Windthorst hervorrief, weniger auf den Verkehr mit Abgeordneten, als auf die Annahme, daß diese Unterredung der erste Schritt sei, um entsprechend den in der „Nordd. Allg. Ztg.“ entwickelten Auffassungen eine Art Bündnis mit dem Centrum zu Stande zu bringen. Das Gefühl der Verbitterung und des Grosses, welches durch den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ hindurch scheint, lädt auf noch anderes schließen, als daß Fürst Bismarck von gewissen Reueherungen, z. B. im Kreise der Generale, unangenehm betroffen und betroffen worden sei. Als Anfang voriger Woche die „Nordd. Allg. Ztg.“ wieder anging, in gewohnter Weise gegen die Freisinnigen zu Felde zu ziehen und mehr oder weniger günstige Mehrheiten für den Reichstag zu konstruieren, da war man allerdings in politischen Kreisen der Ansicht, die Kanzlerkrise sei vorläufig wenigstens bis nach der bevorstehenden Reichstagsession vertagt. Vielleicht war das auch die Ansicht des Fürsten Bismarck und hat erst die Unterredung, welche der Kaiser am 15. März mit ihm im Auswärtigen Amt gehabt hat und in welcher er ihn zum Bericht über die Cabinetsordre vom Jahre 1852 aufforderte, dem Fazit den Boden ausgeschlagen.

Doch im übrigen Fürst Bismarck, wie das ja auch anderwärts aus den Parlamentsverhandlungen zur Genüge bekannt ist, es den neuen Verhältnissen gegenüber schon seit dem Regierungs-Antritt des jetzigen Kaisers an Jugesständnissen nicht hat fehlen lassen, ist ja zweifellos. Die Unmöglichkeit einer Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes war die notwendige Folge von Meinungsverschiedenheiten, über welche diesmal eine Verständigung zu erzielen nicht möglich war. Das Verlangen, daß der Ministerpräsident von dem, was einer der Reformminister dem Könige vorträgt, Kenntnis haben muß, ist so natürlich, daß eine Beantwortung desselben an sich schon ein Misstrauensvotum ist, dem gegenüber der betroffene Ministerpräsident keine andere Wahl hatte, als eben die seines Entlassungsgesuches. Immerhin ist nicht recht ersichtlich, welchen sachlichen Zwecken die Durchführung dieser Erörterungen dienen soll.

Jedenfalls wird die Discussion, die von diesem Artikel des Kanzlerorgans angeregt worden ist, wohl noch einige Zeit fortdauern. Die „National-Zeitung“ bemerkt zu den Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ u. a.:

„Wir möchten dringend ratthen, derartige Erörterungen nicht fortzusetzen; sie können zu nichts Gute führen und sind unter allen Umständen überflüssig. Der durchgreifende Grund zum Rücktritt des Fürsten Bismarck ist hinreichend bekannt: es war unmöglich, daß auf die Dauer die Machtvolkommenheit, welche Fürst Bismarck unter Kaiser Wilhelm I. allmählich erlangt hatte, beibehalten konnte, nachdem ein jugendkräftiger Herrscher mit eigenen Ideen und Absichten den Thron besiegen hatte. Die einzelnen Vorgänge, in denen diese Unmöglichkeit zur Erfahrung kam, durfsten, wird in einer späteren Zeit eine Aufgabe der Geschichtsschreibung sein. In diesem Augenblieke wäre selbst eine so vollständige Darstellung, wie sie vereint unbedenklich sein wird, nicht nützlich.“

Das „Berliner Tageblatt“ knüpft an den bismarck-offiziösen Artikel folgende Bemerkungen: „Welch ein Bild erhalten wir da von der Stellung, die Fürst Bismarck sich der Krone gegenüber anwies! Wie ganz anders erscheint dieses Bild demjenigen gegenüber, das er selbst wiederholt mit Vorliebe ausmaute, als er von seiner Vorsaliente gegen das Haus Hohenzollern sprach und im offenen Reichstage erklärte: in Preußen regiere nur der König! Ist das derselbe Bismarck, der sich bei jeder ihm passend scheinenden Gelegenheit nur als den stummen Diener des Monarchen hinstellte und Angste auf seine Politik als solche auf die Politik des Königs zurückwies? Wie ist es möglich, daß ein solcher Mann nun, da er seine Grundsätze beibehält und wirklich den königlichen Willen als einen über ihm stehenden anerkennen soll, erklärt, daß er „zur Ausführung des kaiserlichen Befehls die Hand nicht bieten will“? Wie ist es möglich, daß gerade er durch Verweigerung der stets von ihm bekannten Unterordnung unter den allerhöchsten Willen seinen Sturz herbeiführt?“

Die „Wossische Zeitung“ witzt bezüglich der Episode Windthorst-Bismarck Folgendes mitzuhören:

Der Kaiser war über die Verhandlungen des Fürsten Bismarck mit Herrn Windthorst sehr erregt und fuhr nach dem Kanzlerpalaste, um den Fürsten zu fragen, was diese Unterredungen zu bedeuten haben. Fürst Bismarck, der sich eben im Bette befand, erhob sich sofort und beantwortete, nachdem er bei dem Kaiser eingetreten war, die Frage dahin, daß es sich um Privatangelegenheiten handle. Der Kaiser bestonte, daß er von Verhandlungen seines Kanzlers mit einem Parteiführer wie Windthorst rechtmäßig zu erfahren ein Recht habe, was Fürst Bismarck ungefähr mit dem öbigen Satze zurückwies, daß er seinen Verkehr mit Abgeordneten keiner Controle unterwerfe. Er fügte hinzu, nur in Folge eines Versprechens an Kaiser Wilhelm I., einst seinem Enkel zu dienen, sei er in seiner Stellung verblieben. Er werde aber gern bestellt, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, wenn er dem Kaiser unbequem werde.“

Dass nach diesen Vorgängen ein Verbleiben des Fürsten Bismarck im Amte unmöglich war, bedarf keines weiteren Nachweises.

Mittlerweise sind dem Beispiel der „Nordd. Allg. Ztg.“ auch andere bismarck-offiziöse Blätter gefolgt, so die „Hamburger Nachrichten“, welche in leicht erkennbarer Tendenz einen längeren Artikel über das Verhältnis des Kaisers zum Fürsten Bismarck bringen, in welchen es heißt:

„Unter dem Einfluß dessen, was über die Vorlesezeit der Handschriften verlautet, greift die Ausfassung Platz, daß Fürst Bismarck doch weniger freiwillig gegangen sei, als man auf Grund der kaiserlichen Handschriften annehmen könnte. Es wird über Vorgänge berichtet, denen eine gewisse innere Wahrscheinlichkeit nicht wohl abzusprechen ist, und die, wenn sie wahr sind, die Ansicht rechtfertigen würden, daß Kaiser und Kanzler nicht in Harmonie und gegenseitigem Einverständnis über die Unvermeidlichkeit der Trennung von einander geschieden sind. Es kommt ein Gericht, wonach der Kaiser bei der Versammlung der commandirenden Generale am 18. d. Ms. resp. bei der Vorstellung des neuen Reichskanzlers, seiner Meinungsverschiedenheiten mit dem allzusehndigen Fürsten Reichskanzler und der Unmöglichkeit, sich mit ihm zu einigen, in einer Art und Weise ausdrücken zu können, welche es so gut wie ausschließt, daß der Kanzler künftig dem Kaiser noch mit Rath und That zur Seite stehe. Fürst Bismarck soll bis zum letzten Augenblick geglaubt haben, der Kaiser werde ihn zur Zurücknahme seines Demissionsgesuchs bestimmen. Es soll einen lieben, ihn fast zu Thränen röhrenden Eindruck auf ihn gemacht haben, als er nun durch die ihm überbrachten beiden kaiserlichen Handschriften vor die Thatseite seiner Entlassung gestellt wurde.“

Nach dem letzten Ministrerrath — vermutlich als die Minister versuchten, den Kaiser zu begreifen, den Fürsten Bismarck mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten auch ferner zu betrauen — soll der Kaiser, wie daselbe Hamburger Blatt weiter mitteilte, gesagt haben:

„Ich bedarf Ihres Rathes in dieser Sache (des Bismarck'schen Rücktrittsgesuches) nicht mehr.“

Sei dem nun, wie es sei — jedenfalls hat die „Woss. Ztg.“ recht und wir schließen uns ihr an, wenn sie meint, es sei nun genug mit den Erörterungen der ehemals offiziösen Presse, die keinen anderen Zweck haben, als den Kaiser vor seinem Volke wie vor dem Auslande ins Unrecht zu sehen. Als Palmerston einmal von der Königin ungerichtet angefahren wurde, da erklärte er öffentlich, auf eine Erwideration zu verzichten. Denn erhalte er Unrecht, so sei sie müßig gewesen, und erhalte er Recht, so werde das Ansehen der Königin, der obersten Vertreterin von Staat und Volk, geschädigt, was ein guter Patriot nie wünschen könnte.“

In einem Berliner Briefe der hochoffiziösen Wiener „pol. Corr.“ wird versichert, die Behauptung der „Woss.“, daß Fürst Bismarck es war, der den General v. Caprivi zu seinem Nachfolger vorgeschlagen habe, entspreche nicht den Thatsachen; die Wahl des Nachfolgers des Fürsten Bismarck sei vielmehr ausschließlich den eigenen Erwägungen des Kaisers Wilhelm II. entsprungen. Ebensoviel seien vom Fürsten Bismarck Vorschläge bezüglich der Leitung des Auswärtigen Amtes gemacht oder gesordert worden. In dieser Richtung seien erst die vom Kaiser aus eigener Initiative zu fassenden Beschlüsse abzuwarten.“

Über die Pläne des Kaisers geht uns heute folgende Meldung zu:

Wien, 24. Mär. (Privatelegramm.) Die offiziöse „Montagsrevue“ meldet aus Berlin: Kaiser Wilhelm habe Bismarcks Art, sich zum Reichstage zu stellen, nicht gebilligt. Er sei entschlossen, demnächst mit den Führern der verschiedenen Fraktionen persönlich zu verhandeln und eine Parteiengruppierung anzubauen, welche ein sicheres und ersprechliches Funktionieren des parlamentarischen Apparates ermöglicht.“

Beim Schluß der Redaction erhielten wir über einen Depeschenwechsel zwischen Crispin und Bismarck noch folgende Drahtmeldung:

Rom, 24. Mär. (W. T.) Auf die Nachricht von dem Rücktritt des Fürsten Bismarck schickte der Ministerpräsident Crispin an den Fürsten ein Telegramm, in welchem er hervorhob, daß der Fürst bei seinem Rücktritt von der Stelle, zu welcher er durch das Vertrauen dreier Kaiser berufen worden sei, Deutschland ein kostbares Erbtheil in der Politik des Friedens hinterlässe. Ferner gab er seiner Freundschaft und seinem unbedingten Vertrauen für den Fürsten Ausdruck. Letzterer dankte für die herzlichen Worte, die ihn als Beweis der Gefühle des Vertrauens und der Zuneigung erfreuten. Er habe sich stets glücklich gefühlt, sich einem Staatsmann wie Crispin gegenüber zu befinden, als sie die Geschäfte ihrer Länder vertrieben, und wäre schließlich, mit seinem Nachfolger die vertrauensvollen Beziehungen weiter zu pflegen, die dem Interesse beider Länder stets gedient hätten, und in gleicher Weise die Freundschaft aufrechtzuerhalten.“

Verhalten der Militärbehörden bei Tumulten.

Dass die Conferenz, welche der Kaiser am letzten Dienstag mit den commandirenden Generälen abgehalten hat, sich u. a. auch mit der Frage der Dienstzeit der Infanterie beschäftigt habe, wird neuerdings mit der selben Bestimmtheit in Abrede gestellt, mit der es von anderer Seite, namentlich in der „Woss.“, behauptet worden war. Über den Hauptgegenstand der Verhandlungen, Instructionen für die commandirenden

Generäle im Falle von Unruhen bei Ausständen, hat der „Berl. Actionär“ Andeutungen gebracht, die geeignet sind, einiges Aufsehen hervorzubringen. Darnach sollen die Militärbehörden angezeigt sein, bei sozialdemokratischen Tumulten und Unruhen dieser Art einzuschreiten, ohne die Requisition der Civilbehörden abzuwarten, angedrückt weil diese in manchen Fällen Bedenken getragen hätten. Militär zu requirieren, um der Bürgerschaft die Last der Einquartierung zu ersparen. Eine allgemeine Instruction der Militärbehörden zu einem solchen einseitigen Einschreiten wird man doch wohl erst glauben müssen, wenn authentische Nachrichten in dieser Hinsicht vorliegen. So lange in den bezüglichen Districten die Civilverwaltung nicht in Folge der Proklamation des Belagerungszustandes außer Aktion gesetzt ist, würde ein einseitiges Einschreiten der Militärbehörden mit der bestehenden Gesetzgebung unvereinbar sein.

Herr v. Gohler und das Schulwesen.

Durch die von Herrn Glöckner herbeigeführte zweitägige antisemitische Debatte bei dem höheren Schulwesen ist diesmal die allgemeine Verhandlung über unser Volkschulwesen zu kurz gekommen. Es ist das um so bedauerlicher, als der Herr Cultusminister eine Antwort auf mehrfache Angriffe gegen die Presse nicht erhalten konnte, da der von den Abg. Geer und Gen. eingebrachte Schlusshandlung unmittelbar bevor der Abg. Richter das Wort erhalten sollte, von der Majorität angenommen wurde. Den Lehrermangel stellte der Minister in Abrede, und er machte seinem Unmut Lust über eine „gewisse“ Presse, welche die Frage immer nur durchsetzte, um die jungen Leute von dem Eintritt in die Lehrerseminare abzuhalten. Die Behauptung von einem Rückgang der Lehrergehälter erklärte er für unwahr. Die „Woss. Ztg.“ bemerkt zu den Ausführungen des Ministers:

Wenn Herr v. Gohler einen Ton angeschlagen hat, dessen leidenschaftliche Schärfe um so überraschender wirkte, als im Laufe der gestrigen Verhandlungen von freisinniger Seite nicht der geringste Anlaß zur Erregung gegeben worden war, so lädt sich das nur durch die Annahme erklären, daß er erst nachträglich zum vollen Gefühle der wenig beneidenswerten Rolle gekommen ist, welche der preußische Cultusminister in den zweitägigen Verhandlungen vorher gespielt hat.

Herr v. Caprivi und das offiziöse Presse.

Unser Berliner „Correspondent“ schreibt: Die Bemühungen, aus den Reden, welche General v. Caprivi in seiner Sitzung als Chef der Admiralität im Reichstage gehalten hat, irgend welche Schlüsse auf die politischen Ansichten desselben zu ziehen, sind bisher von geringem Erfolg gewesen. Dass der neue Reichskanzler über die offiziöse Presse anderen Anschauungen huldige, als sie bisher herrschten, lädt sich aus seinen Parlamentsreden schwer beweisen. So weit erinnerlich hat General v. Caprivi nur einmal, im Jahre 1888, Gelegenheit gehabt, eine halbwegs in dieses Kapitel schlagende Auseinandersetzung zu führen. Im Herbst 1887 hatte die „Aöln. Ztg.“ einen Artikel veröffentlicht, der an der Verwaltung des damaligen Chefs der Admiralität eine ziemlich scharfe Kritik übte. Bei den Statsberatungen in der Session 1887/88 nahm Abg. Richter Veranlassung, auf diese Artikel zurückzukommen, um dem Chef der Admiralität Gelegenheit zu geben, sich über diese Dinge zu äußern. „Ich bin ein abgejagter Feind des Eingehens auf die Presse vom militärischen Ressort, erklärte General v. Caprivi, und das umso mehr, wenn in den militärischen Ressorts, wie in dem mir unterstehenden Commando und Verwaltung in einer Hand liegen. Es liegt die Gefahr nahe, daß durch die Presse, wenn durch das Commando auf sie eingegangen wird, eine gewisse Beunruhigung in die Truppe gebracht wird, daß Fragen zur Erörterung gestellt werden, die besser solchen Erörterungen entzogen werden.“ Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte v. Caprivi, er habe seit seiner Ernennung zum Chef der Admiralität einmal dem „Reichsanzeiger“ eine thatsächliche Nachricht zugehen lassen, einmal der „Aöln. Ztg.“ Zahlen gegeben, die dieselbe für einen Artikel zu haben münste. Ganz sei niemals weder direct noch indirect von ihm eine Beeinflussung der Presse ausgegangen. Offenbar haben diese Erklärungen mit der Frage, wie der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident sich zu der Presse stellen wird, keine Verbindung.

Das Verhalten der Polen.

Zu dem bekan

lichen Eindruck gemacht und die Aufmerksamkeit der deutschen Presse auf sich gelenkt habe, als sei dies ganz etwas Neues, so müsse man den Grund hierfür in der versteckten Tendenz dieses „Zukunfts-Programms“ des „Kurier“ suchen, welche jedoch ziemlich durchsichtig sei. Im weiteren bespricht der „Djennik“ den Anteil der galizischen Polen an den Arbeiten des Staatslebens, wofür dieselben die Genugthüttung hätten, daß die nationale Entwicklung dasselbst forschreite, wogegen die diesseitigen Polen mit Ausnahmegesetzen bedacht würden. Es sei daher nicht zu verwundern, wenn hier bei dieser Pflichterfüllung andere Gefühle obwaltet als in Galizien. Wie gerne der Galizier seine Pflicht als Soldat erfülle, sei bekannt; bei uns könne man dies schwerlich verlangen, wo alle Augenblicks das bekannte „Verfluchter Polack“ eintrete. In ähnlicher Weise äußert sich der „Djennik“ bei dem Vergleich zwischen unserem Schulwesen und demjenigen Galiziens und schließt dann mit folgenden Worten: „Wir arbeiten auf dem Gebiete der Gesetzgebung, aber auch da können wir einzige und allein nur gegen die antipolnische Richtung ankämpfen, unfreigeben und Beschwerden anbringen. Wenn das „Zukunftsprogramm“ des „Kurier“ Wandel in dieser Hinsicht verlangt, wenn es verlangt, daß unser Standpunkt aus dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten im Staats- und Bürgerleben sich ändern soll, so verlangt es eben Unmögliches und Unnatürliches. Kann man wohl von unserer Gesellschaft verlangen, daß sie ihre Gefühle und Überzeugungen ändere, daß sie anstatt Trauerspalmen zu singen, plötzlich Freudenlieder anstimme? Unsere Gesellschaft ist in letzter Zeit bedeutend herangereift; sie ist kein Kind, das man zwingen kann, die Rute zu küssen, welches es schlägt. Kann man von unseren Vertretern in Berlin verlangen, daß sie ihren modus procedendi ändern, daß sie stillschweigen zu den antipolnischen Gesetzen, daß sie unsere Klagen und Beschwerden nicht vorbringen, und nur einzige und allein die Stärkung der allgemeinen Macht des preußischen Staates oder des deutschen Reiches im Auge haben sollen? Ein derartiger Standpunkt unserer Abgeordneten würde, nach den gegenwärtig bestehenden Anschauungen wenigstens, einem Uebergehen in das Lager des uns feindlichen Cartells gleichkommen, und es würde schade um unsre ganze, so mühevolle Arbeit bei den Wahlen sein. Wenn die Tendenz jenes Zukunfts-Programms eine derartige sein soll, so können wir versichern, daß unsere Gesellschaft insgesamt eine laute und gewaltige Stimme des Protestes erheben wird. Mit einem solchen Programm wird sich weber die polnische Gesellschaft noch die politische Fraktion einverstanden erklären — nie und nimmermehr.“

Italien und die deutsche Kanzlerkrise.

In der oppositionellen Presse Italiens tritt, wie man aus Rom meldet, das Bestreben zu Tage, aus der deutschen Kanzlerkrise Kapital zur Erfüllung des Cabinets Crispi zu schlagen, indem man durch Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Fortbestand der Tripel-Allianz als bedroht erscheinen zu lassen sucht. Bald soll die Stellung Italiens, bald diejenige Österreich-Ungarns im Dreibunde gefährdet sein, man kündigt in ganz ungerechtfertigter Weise Veränderungen in der diplomatischen Vertretung Deutschlands und Österreich-Ungarns beim italienischen Hofe an u. s. w. Es gilt als wahrscheinlich, daß diese Machinationen einen Nachhall in der Kammer finden und Herrn Crispi Gelegenheit zu der Erklärung geben werden, daß die Kanzlerkrise in Deutschland durch keinerlei mit der internationalen Politik zusammenhängende Gründe veranlaßt war und daß der Rücktritt des Fürsten Bismarck das Bundesverhältniß der drei Centralmächte, sowie deren Beziehungen zu den anderen Mächten durchaus unberührt läßt.

Die französischen Delegirten über die Arbeiterschutzkonferenz.

Wie in Paris verlautet, habe der Minister des Außen, Rivot, eine von sämtlichen Delegirten zur Arbeiterschutzkonferenz unterzeichnete Note erhalten, in welcher dieselben erklären, daß unter ihnen fortbauernd die vollständige Vereinigung herrsche, und daß die Abwesenheit des Delegirten Delahaye von dem Galadiner im Schlosse durch einen Trauerfall in seiner Familie begründet gesehen sei.

Der Conflict in Dänemark

zwischen Volksvertretung und Regierung hat eine weitere Verschärfung erfahren. Am Sonnabend erklärte der Kriegsminister Bahnsen im Volkskongreß, er nehme die Vorlage betreffend die Festigung Kopenhagens von der Seeseite zurück. Der Führer der Linken nahm jedoch die Vorlage wieder auf, damit der Minister die Zurücknahme motiviere.

Anstatt der zurückgezogenen Vorlage betreffend die Festigung Kopenhagens brachte sodann der Kriegsminister Bahnsen zur dritten Lesung der Budgetvorlage im Volkskongreß eine Creditsforderung zu demselben Zwecke ein. Die Morgenblätter von gestern bestätigen, wie aus Kopenhagen telegraphiert wird, daß der Conflict hierdurch geschrägt sei.

In der spanischen Deputirtenkammer erklärte am Sonnabend der Minister des Auswärtigen auf eine an ihn gerichtete bezügliche Interpellation, daß er dem Hause den Schriftwechsel betreffend die Angelegenheit des Grafen Venomar vorlegen werde. Auf eine weitere Interpellation des republikanischen Deputirten Labra antwortete der Minister, die Instructionen der spanischen Delegirten für die Berliner Konferenz seien denen der Delegirten anderer Staaten ähnlich. Ferner stellte der Minister in Abrede, daß die Regierung eine amtliche Mithilfe empfangen habe, durch welche Spanien eingeladen werde, in der englisch-portugiesischen Frage zu intervenieren.

Deutschland.

* Berlin, 23. März. Das heutige Ordensfest verließ in der üblichen Weise. Um 10^{1/2} Uhr fand die Ordensverleihung statt, um 11^{1/2} Uhr die Vorstellung der neuen Ritter höchster Orden, Cour vor den Majestäten auf dem Thron und Vorstellung der neu decortierten Damen des Luisenordens. Um 12 Uhr war Gottesdienst in der Schlosskapelle; an diesem nahm die Kaiserin Friedrich geführt von dem Prinzen von Wales teil, der Kaiser führte die Kaiserin. Um 1 Uhr fand im Weißen Saale Galatäfel statt, bei welcher der Prinz von Wales in preußischer Generalsuniform mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens erschien. Dem Prinzen von Wales gegenüber saß Capri. An den übrigen Tafeln befanden sich die höchsten Würdenträger, Beamte, Generale und die Neu-decorirten. Während der Tafel trank der Kaiser auf das Wohl der neu ernannten Ritter und denjenigen, welche schon decortirt sind.

Die Liste der Auszeichnungen bei dem heutigen Ordensfest, welche der „Reichsanzeiger“ heute

Abend veröffentlicht, enthält verhältnismäßig wenig politisch interessante Ordensverleihungen. Von den bekannten Parlamentariern haben Herr v. Hellendorf-Bedra und Freiherr v. Leditz-Neukirch den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe, der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Köller und der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Persius den Kronenorden erster Klasse, Dr. Hammacher den Kronenorden zweiter Klasse, Herr Hosprediger Stöcker hat ebenso wie sein College Herr Schröder den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife erhalten, ebenso der bekannte Agrarier Graf Kanitz-Podangen. Von den höheren Reichsbeamten erhalten der Schatzsekretär Freiherr v. Malzahn-Götz und der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub. Der Hofs Marschall der Kaiserin Friedrich v. Reischach erhält den rothen Adlerorden dritter Klasse mit Schleife und Schwertern am Ringe; Admiral Heusner den Stern zum Kronenorden zweiter Klasse.

Insgesamt wurden in diesem Jahre 1499 Dekorationen verliehen gegen 1508 im vorjährigen Jahre. Nach einzelnen Kategorien und in der Reihenfolge geordnet, haben erhalten:

Das Großkreuz des rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe	3
Den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe	4
Den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub	9
Den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe	1
Den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub	8
Den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub	37
Den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit der Schleife	1
Den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe	1
Den roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe	8
Den roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife	92
Den roten Adler-Orden vierter Klasse	517
Den Kronen-Orden erster Klasse mit Schwertern am Ringe	1
Den Kronen-Orden zweiter Klasse	7
Den Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern	3
Den Kronen-Orden zweiter Klasse mit Schwertern am Ringe	2
Den Kronen-Orden zweiter Klasse	23
Den Kronen-Orden dritter Klasse mit Schwertern am Ringe	7
Den Kronen-Orden dritter Klasse	75
Den Kronen-Orden vierter Klasse	105

Den Haus-Orden von Hohenzollern:
Den Adler des Ritter
Das Kreuz der Inhaber
Den Adler des Inhaber
Das allgemeine Ehrenzeichen

* [Der Prinzregent Luitpold] soll dem Fürsten Bismarck ein in huldvollen Worten abgeschafftes Handschreiben übermittelt haben.

* [Der Prinz von Wales] hat gestern dem Fürsten Bismarck einen Besuch abgestattet, konnte jedoch, wie die „Kreuz-Zeitung“ mittheilt, nicht empfangen werden, da der Fürst unpäßlich war.

* [Le roi me reverra.] „Der König wird mich wiedersehen“, soll einige Berliner Blättern zufolge Fürst Bismarck am Donnerstag an der Frühstückstafel gesagt haben, als auf seine Amtseinsetzung die Rede kam.

* [Waldersee.] Der „Hann. Cour.“ schreibt: „Gerüchtweise verlautet, der Chef des Generalstabes der Armee, Graf v. Waldersee, werde an Stelle Caprivi zum commandirenden General des 10. Armeecorps ernannt werden.“

Über den Vorgang, der sich zwischen dem Kaiser und dem Grafen Waldersee abgespielt und zu diesem Gerücht Anlaß gegeben hat, wird der „Doss. Ztg.“ folgendes mittheilen:

„Für die vom Grafen Waldersee gestellten Aufgaben — ob es sich um das Kriegsspiel oder um andere Arbeiten gehandelt hatte, darüber gehen die Melbungen auseinander — werden auch vom Kaiser Lösungen eingeschickt, welche, ob sie verschlossen unter Motto oder offen eingehen, der strengsten Kritik unterzogen werden sollen. Das ist des Kaisers besonderer Befehl. Vor einigen Tagen ergab sich nun über eine der Aufgaben und Lösungen zwischen dem Herrscher und dem Generalstabchef eine ernste Meinungsverschiedenheit. Der Kaiser soll erklärt haben, daß die gestellten Aufgaben überhaupt zu schwer seien; in ihrer Lösung erschöpften die Offiziere möglicherweise ihre Kraft, wogegen Graf Waldersee sich auf die Thatfache berufen hatte, daß Graf Moltke durchaus seiner Meinung sei.“

Die Gerüchte über die bevorstehende Ersetzung des Grafen Waldersee durch den Grafen Hösler oder einen anderen General sind dadurch entstanden, daß sich der ganze Vorsatz in Anwesenheit einiger anderer Offiziere abspielte.

* [Zur Frage der Beamtengehältererhöhung.] Die „Berl. Pol. Nachr.“ zählen die Schwierigkeiten auf, welche die Erhöhung der Beamtengehälter darstellt, und bemerken schließlich: Zwischen sind die Berathungen soweit gelebt, daß in den nächsten Tagen dieser Theil der Arbeit zum Abschluß gebracht und demnächst an die Ausarbeitung der Vorlage gegangen werden kann.

* [Der Arbeiterausschuß der Artillerie-Werkstatt in Spandau] ist bereits gewählt worden. Die Wahl erfolgte mittels verdeckter Stimmzettel wie bei der Reichstagswahl; als gewählt wurden zehn Arbeiter betrachtet, welche relative Stimmenmehrheit erhalten hatten. Der Ausschuß ist auch alsbald in Thätigkeit getreten. In dem Institut besteht der Brauch, daß sowohl die Direction jeden Arbeiter ohne vorherige Aündigung entlassen, als daß auch der Arbeiter in jedem beliebigen Augenblick aus der Arbeit treten darf. Das Kriegsministerium wollte nun die Ansicht der Arbeiter in dieser Angelegenheit erfahren und befragte deshalb den jetzt gewählten Arbeiterausschuß. Die Mitglieder zogen bei dem Personal Erkundigungen ein und traten dann zur Berathung zusammen. Der Ausschuß entschloß sich dahin, daß der bisherige Modus behobehalten sei. Dieser Beschluß ist dem Kriegsministerium mitgetheilt worden. Bei der Einstellung dieses Arbeiterausschusses handelt es sich übrigens vorerst um einen Versuch. Der stellvertretende Director, Major Becker, hat erklärt, daß er trotz des Beschlusses des Ausschusses Beschwerden von den Arbeitern auch direkt anhören werde.

* [Aufgelöste Versammlung.] Der politischen Auflösung verließ eine stark besuchte Versammlung von Männern und Frauen, welche am Freitag Abend in der Andreasstraße Stellung zu der Frage nehmen sollte, wie die Sonntagsruhe im kaufmännischen Gewerbe einzuführen sei. Die Auflösung wurde ausgesprochen, als der Kaufmann Albert Auerbach sagte: „Treten Sie für die im kaufmännischen Berufe Angestellten, für diese weiße Salaven ein, indem Sie ihren Schindern die Geiselruthé aus der Hand nehmen.“

Zu einer Beschlusssitzung kam es wegen der Auflösung nicht. Die Versammlung ging stürmisch auseinander.

Neu-Strelitz, 22. März. Der Großherzog und die Großherzogin sind heute zu längerem Aufenthalt nach London abgereist.

Frankreich.

Paris, 22. März. Gestern fand auch eine Probemobilisierung eines Theiles der Infanterie statt. Solche Übungen sollen in jedem Regiment an 3 Tagen bis Ende April stattfinden. (W. L.)

Paris, 22. März. General Gaußier ist für die neue dreijährige Periode wiederum zum Militärgouverneur von Paris ernannt worden. (W. L.)

[Die Deputirtenkammer]

hat am Sonnabend den bisherigen Minister des Kriegs, Spuller,

mit 163 gegen 112 Stimmen, welche auf den

Candidaten der Rechten, Amagat, fielen, an Stelle

Develles zum Vicepräsidenten gewählt. Die Vorlage betreffend die neue Amtszeit wird erst nach den Osterferien zur Beratung gelangen.

Italien.

Rom, 22. März. Nach einer Meldung der „Polit. Corresp.“ soll das Schreiben des Kaisers Wilhelm über die Erneuerung des Fürstbischofs Rapp zum Delegirten bei der Arbeiterskonferenz dem Papste lebhafte Gegenwartung bereitet haben. Der Papst soll den Wortlaut des kaiserlichen Schreibens den Cardinalen vertraulich mitgetheilt haben.

(W. L.)

Aufland.

* [Neue russische Anleihe.] Zum Zwecke der Rückzahlung aller Obligationen der siebenten 5 proc. Anleihe von 1862, im Betrage von 15 Millionen Pfund Sterling, ist durch einen kaiserlichen Ukas vom 9.21. März die Aufnahme einer neuen Anleihe im Nominalbetrage von fünfzigtausend (75) Millionen Rubel Gold oder 11 865 000 Pfund Sterling angeordnet worden. Wir entnehmen aus den veröffentlichten Bedingungen:

Diese Emmission soll in das große Buch der Staatsanbildung unter der Bezeichnung „Russische 4 proc. Gold-Anleihe, dritte Emmission von 1890“ eingetragen werden. Die Obligation dieser Anleihe werden in auf Namen und auf Inhaber lautenden Säulen in Abschnitten von 125 Rubel Gold, 625 Rubel Gold und 3125 Rubel mit der Parität 125 Rubel Gold = 500 Francs = 404 Reichsmark = 18 Pfund Sterling 15 Sh. 6 P. = 239 holländische Gulden = 96 $\frac{1}{4}$ Gold-Dollar ausgestellt. Der Zins dieser Obligationen ist auf 4 Prozent pro Jahr festgesetzt; die Zinsen sind vierteljährlich zahlbar und beginnt die Verzinsung mit dem 20. Mai/1. Juni 1890. Zur Tilgung der Obligationen dieser Anleihe al pari im Laufe von einundachtzig Jahren, beginnend mit dem Termine 20. Mai/1. Juni 1891, wird ein Tilgungsfonds eröffnet, welchem halbjährlich eine Amortisationsquote von 0,084 281 Proc. des Nominalbetrages der Anleihe nebst 2 Proc. vom Betrage aller ausgelösten Obligationen zugewiesen wird. Vor dem 20. Dezember 1899/1. Januar 1900 soll weder eine Vergrößerung der im Artikel 5 festgesetzten Amortisationsquote, noch die Rückzahlung oder Conversion der vorliegenden Anleihe stattfinden. Die Obligationen dieser Anleihe sind für immer von jeder russischen Steuer befreit.

Zugleich kündigt das russische Finanzministerium alle im Umlauf befindlichen Obligationen der siebenten 5 proc. Anleihe von 1862 zur Rückzahlung per 19. Juni/1. Juli 1890. Die Verzinsung dieser Obligation hört demgemäß mit dem 19. Juni/1. Juli 1890 auf.

Amerika.

AC. Newyork, 21. März. Der oberste Gerichtshof des Staates Wisconsin hat es für verfassungswidrig erklärt, in den öffentlichen Schulen Abschnitte aus der Bibel zu verlesen. Die heilige Schrift lehre Dogmen, welche nicht von allen religiösen Secten anerkannt würden. Der richtige Ort zur Vorlesung der Bibel sei die Kirche und nicht die Schule.

Bon der Marine.

* Die Kreuzer-Corvette „Sophie“ (Commandant Corvetten-Capitän Herbing) ist am 22. März in Hongkong angekommen. Die Kreuzerfregatte „Leipzig“, Flaggschiff des Kreuzergeschwaders (Commandant Capitän zur See plüddemann), beabsichtigt am 23. März von Hongkong nach Amoy in See zu gehen.

Das Schiffsschiff-Schulschiff „Ariadne“ (Commandant Capitän zur See Claussen v. Finch) ist am 21. März d. J. in La Guanya eingetroffen und beabsichtigt am 22. d. M. wieder in See zu gehen. — Das Kanonenboot „Wolf“ (Commandant Capitän-Lieutenant Crebner) beabsichtigt am 25. März d. J. von Nagasaki nach Kobe in See zu gehen.

Am 25. März, Danzig, 24. März, M. a. b. Tage, G. 54. 6. 19. 11. 19. 40.

Wetterausichten für Mittwoch, 26. März, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte,

und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Theils bedeckt, Nebel; vielsach aufklarend. Einiges wärmer. Auffrischende Winde. Nachtfröste in Süß und Nord.

Für Donnerstag, 27. März:

Bedeckt, trübe, Niederschläge; vielsach neblig. Mögliche Winde, lebhaft in den Rüstengebieten. Temperatur kaum verändert.

* [Panzer-Schiff „Baden“.] Gestern traf die Panzer-Corvette „Baden“ auf ihrer Uebungsfahrt mit Maschinisten auf der hiesigen Rude ein und ging vor Neufahrwasser vor Anker. Heute trifft die Corvette wieder die Rücksicht nach Riel an.

* [Von der Weltcup.] Nach den Wasserstandstelegrammen aus Warschau markirte dort gestern der Pegel 2,59 Meter, heute 2,52 Meter. Das Wasser fällt weiter.

* [Orientverschüttungen.] Bei dem gestern in Berlin abgehaltenen Arktis- und Oceansfeste sind u. a. folgende Auszeichnungen verliehen worden: 1) den Stern zum rothen Adler-Orden 2. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe erhielt Generalleutnant v. Werder, Commandeur der 1. Division. 2) Den Stern zum rothen Adler-Orden 2. Klasse mit Eichenlaub: Generalleutnants v. Drefow

Van Houten's Cacao

Bester — Im Gebrauch billigster.

$\frac{1}{2}$ Kg. genügt für 100 Tassen
feinster Chocolade.
Ueberall vorrätig.

6205

Statt besonderer Anzeige.
Durch die glückliche Ge-
burt eines gesunden Mäd-
chens wurden hoch erfreut
Danzig, 24. März 1890.
V. B. Sauerbier u. Frau
Marie, geb. Peters.

Die Geburt eines kräftigen
Mädchen ist hierdurch
hocherfreut an.
Rechtsanwalt Dr. jur.
Fritz Meyer und Frau,
geb. Weinberg.

Frankfurt a. M., 21. März 1890.

Die Verlobung meiner
einzigen Tochter Elise mit
dem Ingenieur Herrn Fritz
Klawittert beehrt mich
erheblich anzusehen.
Danzig, den 23. März 1890.
Emilia Berenz,
geb. Wonnemers.

Meine Verlobung mit
Fraulein Elise Berenz Toch-
ter der Frau Emilia Berenz,
geb. Wonnemers, beebe-
re ich mich hiermit ganz erge-
benst anzusehen. (1150)

Danzig, den 23. März 1890.
Fritz Klawittert

Die Verlobung unserer jüngsten
Tochter Anne mit dem Gute-
besitzer Herrn Ludwig Fried-
länder-Schwesternhof Kr. Labiau
zeigen wir hiermit statt jeder be-
sonderen Melbung ergebenst an.
Danzig, Stargard im März 1890.
J. Goldfarb und Frau
Helene, geb. Borchardt.

Meine Verlobung mit Fräulein
Anna Goldfarb, jüngste Tochter
des Herrn J. Goldfarb in Preuß
Stargard und dessen Gemahlin
Helene, geb. Borchardt, zeigen ich
hiermit statt jeder besonderen
Melbung ergebenst an. (1147)

Schwesternhof im März 1890.
Ludwig Friedländer.

Heute Nachts 12½ Uhr entschlie-
ßt nach langem schweren Leiden
unser liebster heiligste Tochter
und Schwester

Meta Johanna Wenk,
in ihrem vollendeten 24. Lebens-
jahr.

Dieses zeigen im Namen der
Hinterbliebenen an.

Die tiefsorgigen Eltern

Danzig, den 24. März 1890.

Heute früh 7 Uhr ver-
schied nach langerem schweren
Leiden unser lieber Bruder,
Schwager und Onkel der
 königliche Zahlmeister a. D.
Ritter etc. Herr

Carl Laupichler,
was wir hiermit lieb be-
trübt anzeigen. (1175)

Frankfurt a. D.
den 22. März 1890.
Namens der Hinterbliebenen,
C. Geer,

Proviant-Amts-Assistent.

Die Beerdigung findet in
Danzig, Mittwoch, den
26. März, Nachm. 2½ Uhr,
von der Leichenhalle des
St. Marienkirchhofes am
Schiffenhaus aus statt.

Forderungen an die Offiziermesse
S. M. Panzertröh, Baden
find bis spätestens den 1. April
an den Unterzeichneten nach Amt
zu richten.

Der Messevorstand.
Simon, Lieutenant nur See.

Privatunterricht,
sowie Nachhilfeklassen, em-
pfohlen durch die Herren
Consistorialrat Franks,
Director Dr. Neumann,
Frau Oberstabsarzt Dr.
Hagens, die Herren Ober-
stabsarzt Dr. Kefner,
Haupm. v. Ahlefeldt,
Glaeser Dr. Steinberg
u. i. w. erhielt in Danzig
sowie in Joppo. (1086)

Fransiska Jahn,
geor. Lehrerin für höhere
Töchterschulen,
Ahlengasse 9, II.

Rieler
Grotten,
60 Pf. à pfd.,

Rieler
Bücklinge,
5 Pf. a Stück,

Kronen-Hummer,
1,25 Mk. à Dose,
amerik. Lachs,
1,25 Mk. à Dose,

Appetit-Gild,
60 Pf. à Dose,
empfiehlt

J. E. Gossing,
Soyer- und Portechaisengasse,
Nr. 14. (1173)

Gehörfreiheit-Lotterie.

Wir erinnern an die Erneuerung der Lotterie
II. Klasse, welche bei Verlust jeden Anspruchs, bis
spätestens 1. April erfolgen muß. (1153)

Meyer u. Gelhorn,
Bank- u. Wechselgeschäft,
Langenmarkt Nr. 40.

182. Königlich Preußische Klassen-Lotterie.

Hauptpreis 600 000 Mark.
Ziehung erster Klasse 8. April 1890.
Hierzu empfehle ich Depot- und Anteilsoffizie:
1/1 50 M., 1/2 125 M., 1/3 25 M., 1/4 5 M., 1/6 25 M., 1/10 250 M.
ferner gültig 1/1 1/2 1/3 1/4 1/5 1/10 1/15 1/20 1/30 1/40 1/50 1/60 1/70 1/80 1/90 1/100 1/120 1/140 1/160 1/180 1/200 1/220 1/240 1/260 1/280 1/300 1/320 1/340 1/360 1/380 1/400 1/420 1/440 1/460 1/480 1/500 1/520 1/540 1/560 1/580 1/600 1/620 1/640 1/660 1/680 1/700 1/720 1/740 1/760 1/780 1/800 1/820 1/840 1/860 1/880 1/900 1/920 1/940 1/960 1/980 1/1000 1/1020 1/1040 1/1060 1/1080 1/1100 1/1120 1/1140 1/1160 1/1180 1/1200 1/1220 1/1240 1/1260 1/1280 1/1300 1/1320 1/1340 1/1360 1/1380 1/1400 1/1420 1/1440 1/1460 1/1480 1/1500 1/1520 1/1540 1/1560 1/1580 1/1600 1/1620 1/1640 1/1660 1/1680 1/1700 1/1720 1/1740 1/1760 1/1780 1/1800 1/1820 1/1840 1/1860 1/1880 1/1900 1/1920 1/1940 1/1960 1/1980 1/2000 1/2020 1/2040 1/2060 1/2080 1/2100 1/2120 1/2140 1/2160 1/2180 1/2200 1/2220 1/2240 1/2260 1/2280 1/2300 1/2320 1/2340 1/2360 1/2380 1/2400 1/2420 1/2440 1/2460 1/2480 1/2500 1/2520 1/2540 1/2560 1/2580 1/2600 1/2620 1/2640 1/2660 1/2680 1/2700 1/2720 1/2740 1/2760 1/2780 1/2800 1/2820 1/2840 1/2860 1/2880 1/2900 1/2920 1/2940 1/2960 1/2980 1/3000 1/3020 1/3040 1/3060 1/3080 1/3100 1/3120 1/3140 1/3160 1/3180 1/3200 1/3220 1/3240 1/3260 1/3280 1/3300 1/3320 1/3340 1/3360 1/3380 1/3400 1/3420 1/3440 1/3460 1/3480 1/3500 1/3520 1/3540 1/3560 1/3580 1/3600 1/3620 1/3640 1/3660 1/3680 1/3700 1/3720 1/3740 1/3760 1/3780 1/3800 1/3820 1/3840 1/3860 1/3880 1/3900 1/3920 1/3940 1/3960 1/3980 1/4000 1/4020 1/4040 1/4060 1/4080 1/4100 1/4120 1/4140 1/4160 1/4180 1/4200 1/4220 1/4240 1/4260 1/4280 1/4300 1/4320 1/4340 1/4360 1/4380 1/4400 1/4420 1/4440 1/4460 1/4480 1/4500 1/4520 1/4540 1/4560 1/4580 1/4600 1/4620 1/4640 1/4660 1/4680 1/4700 1/4720 1/4740 1/4760 1/4780 1/4800 1/4820 1/4840 1/4860 1/4880 1/4900 1/4920 1/4940 1/4960 1/4980 1/5000 1/5020 1/5040 1/5060 1/5080 1/5100 1/5120 1/5140 1/5160 1/5180 1/5200 1/5220 1/5240 1/5260 1/5280 1/5300 1/5320 1/5340 1/5360 1/5380 1/5400 1/5420 1/5440 1/5460 1/5480 1/5500 1/5520 1/5540 1/5560 1/5580 1/5600 1/5620 1/5640 1/5660 1/5680 1/5700 1/5720 1/5740 1/5760 1/5780 1/5800 1/5820 1/5840 1/5860 1/5880 1/5900 1/5920 1/5940 1/5960 1/5980 1/6000 1/6020 1/6040 1/6060 1/6080 1/6100 1/6120 1/6140 1/6160 1/6180 1/6200 1/6220 1/6240 1/6260 1/6280 1/6300 1/6320 1/6340 1/6360 1/6380 1/6400 1/6420 1/6440 1/6460 1/6480 1/6500 1/6520 1/6540 1/6560 1/6580 1/6600 1/6620 1/6640 1/6660 1/6680 1/6700 1/6720 1/6740 1/6760 1/6780 1/6800 1/6820 1/6840 1/6860 1/6880 1/6900 1/6920 1/6940 1/6960 1/6980 1/7000 1/7020 1/7040 1/7060 1/7080 1/7100 1/7120 1/7140 1/7160 1/7180 1/7200 1/7220 1/7240 1/7260 1/7280 1/7300 1/7320 1/7340 1/7360 1/7380 1/7400 1/7420 1/7440 1/7460 1/7480 1/7500 1/7520 1/7540 1/7560 1/7580 1/7600 1/7620 1/7640 1/7660 1/7680 1/7700 1/7720 1/7740 1/7760 1/7780 1/7800 1/7820 1/7840 1/7860 1/7880 1/7900 1/7920 1/7940 1/7960 1/7980 1/8000 1/8020 1/8040 1/8060 1/8080 1/8100 1/8120 1/8140 1/8160 1/8180 1/8200 1/8220 1/8240 1/8260 1/8280 1/8300 1/8320 1/8340 1/8360 1/8380 1/8400 1/8420 1/8440 1/8460 1/8480 1/8500 1/8520 1/8540 1/8560 1/8580 1/8600 1/8620 1/8640 1/8660 1/8680 1/8700 1/8720 1/8740 1/8760 1/8780 1/8800 1/8820 1/8840 1/8860 1/8880 1/8900 1/8920 1/8940 1/8960 1/8980 1/9000 1/9020 1/9040 1/9060 1/9080 1/9100 1/9120 1/9140 1/9160 1/9180 1/9200 1/9220 1/9240 1/9260 1/9280 1/9300 1/9320 1/9340 1/9360 1/9380 1/9400 1/9420 1/9440 1/9460 1/9480 1/9500 1/9520 1/9540 1/9560 1/9580 1/9600 1/9620 1/9640 1/9660 1/9680 1/9700 1/9720 1/9740 1/9760 1/9780 1/9800 1/9820 1/9840 1/9860 1/9880 1/9900 1/9920 1/9940 1/9960 1/9980 1/9990 1/10000 1/10010 1/10020 1/10030 1/10040 1/10050 1/10060 1/10070 1/10080 1/10090 1/10100 1/10110 1/10120 1/10130 1/10140 1/10150 1/10160 1/10170 1/10180 1/10190 1/10200 1/10210 1/10220 1/10230 1/10240 1/10250 1/10260 1/10270 1/10280 1/10290 1/10300 1/10310 1/10320 1/10330 1/10340 1/10350 1/10360 1/10370 1/10380 1/10390 1/10400 1/10410 1/10420 1/10430 1/10440 1/10450 1/10460 1/10470 1/10480 1/10490 1/10500 1/10510 1/10520 1/10530 1/10540 1/10550 1/10560 1/10570 1/10580 1/10590 1/10600 1/10610 1/10620 1/10630 1/10640 1/10650 1/10660 1/10670 1/10680 1/10690 1/10700 1/10710 1/10720 1/10730 1/10740 1/10750 1/10760 1/10770 1/10780 1/10790 1/10800 1/10810 1/10820 1/10830 1/10840 1/10850 1/10860 1/10870 1/10880 1/10890 1/10900 1/10910 1/10920 1/10930 1/10940 1/10950 1/10960 1/10970 1/10980 1/10990 1/11000 1/11010 1/11020 1/11030 1/11040 1/11050 1/11060 1/11070 1/11080 1/11090 1/11100 1/11110 1/11120 1/11130 1/11140 1/11150 1/11160 1/11170 1/11180 1/11190 1/11200 1/11210 1/11220 1/11230 1/11240 1/11250 1/11260 1/11270 1/11280 1/11290 1/11300 1/11310 1/11320 1/11330 1/11340 1/11350 1/11360 1/11370 1/11380 1/11390 1/11400 1/11410 1/11420 1/11430 1/11440 1/11450 1/11460 1/11470 1/11480 1/11490 1/11500 1/11510 1/11520 1/11530 1/11540 1/11550 1/11560 1/11570 1/11580 1/11590 1/11600 1/11610 1/11620 1/11630 1/11640 1/11650 1/11660 1/11670 1/11680 1/11690 1/11700 1/11710 1/11720 1/11730 1/11740 1/11750 1/11760 1/11770 1/11780 1/11790 1/11800 1/11810 1/11820 1/11830 1/11840 1/11850 1/11860 1/11870 1/11880 1/11890 1/11900 1/11910 1/11920 1/11930 1/11940 1/11950 1/11960 1/11970 1/11980 1/11990 1/12000 1/12010 1/12020 1/

Beilage zu Nr. 18207 der Danziger Zeitung.

Montag, 24. März 1890.

Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 22. März.

2. Berathung des Stats des Cultusministeriums: Schullehrer- und Lehrerinnen-Seminare.

Abg. Anröcke: Trotz des Vorsprungs unseres Volksschulwesens vor den anderen Ländern ist in den letzten 10 Jahren ein Stillstand eingetreten. Von den fast 5 Millionen Kindern, welche die Volksschule besuchen, sind etwa $\frac{1}{4}$ Millionen, also 46 Proc., in überfüllten Klassen untergebracht, und zwar $1\frac{1}{2}$ Millionen in Klassen mit 70 bis 90 Schülern, 500 000 Kinder in Klassen von 90 bis 120 Schülern und 86 000 Kinder in Klassen mit mehr als 120 Schülern. 75 000 Schulklassen sind vorhanden, aber nur 64 000 vollbeschäftigte Lehrer, also 11 000 Klassen sind ohne einen vollbeschäftigte Lehrer. Neben diesem Lehrermangel steht der Mangel an Klassenzimmern. Auch die Gehälter der Lehrer sind unzureichend. Die Notwendigkeit eines Dotationsgesetzes ist allgemein anerkannt. Hoffentlich wird es endlich gelingen, die Wünsche der Volksvertretung in Bezug auf die gesetzliche Regelung des Volksschulwesens zu erfüllen. (Beifall links.)

Abg. Sattler (nat.-lib.) bittet die Regierung, bei der allgemeinen Gehaltsaufbesserung der Beamten im Nachtragsetat auch auf die Präparanden- und Seminar-Lehrer Rücksicht zu nehmen.

Abg. Hesse (Centr.) beklagt, daß bei der Entwicklung des deutschen Schulwesens in Westpreußen die Katholiken zu kurz gekommen seien. Es sind in Westpreußen 20 000 Katholiken mehr als Protestanten. Nach der amtlichen Statistik von 1886 besuchten im Regierungsbezirk Danzig 6828, im Regierungsbezirk Marienwerder 9772 katholische Kinder evangelische Schulen. Im Regierungsbezirk Danzig, der 12 000 Evangelische mehr zählt als Katholiken, giebt es aber 384 protestantische und nur 286 katholische Schulen. (Hört! im Centrum.) 6828 katholische Kinder besuchen die protestantischen Schulen und nur 1800 evangelische Kinder die katholischen Schulen. (Hört! im Centrum.) Der Regierungsbezirk Marienwerder hat 145 000 Katholiken mehr als Evangelische; dennoch giebt es hier 605 evangelische Schulen und nur 443 katholische Schulen. Von 64 in drei Jahren angestellten Lehrern sind nur 6 katholisch. Redner plädiert schließlich für Rückgabe der Lokalschulinspektion an die katholischen Geistlichen.

Abg. v. Pilgrim (freicons.) bringt den Lehrermangel in Westfalen zur Sprache; es fehlen durchschnittlich im Jahre 48 Lehrer zur Besetzung der vacant gewordenen Stellen. Er hält die Gründung eines neuen Seminars für nötig.

Abg. v. Bachem (Centr.): Nicht allein in Westpreußen, sondern im ganzen Staate werden die Katholiken in Betreff der Volksschule benachtheiligt. Es giebt 3062 000 evangelische Kinder und 1 730 000 katholische in den Volksschulen. Dagegen sind von den Volksschulen 23 112 evangelische und nur 10 061 katholische. (Hört! im Centrum.) Die Protestanten haben 3000 Schulen mehr, als ihnen nach der Bevölkerungszahl und der Zahl der Katholiken zukäme. An den evangelischen Schulen sind 48 889 Unterrichtsklassen mit 44 080 evangelischen Lehrern, an den katholischen Schulen nur 22 672 Klassen mit etwas über 20 000 Lehrern. Die Katholiken bleiben nach dieser Gegenüberstellung um

7000 Klassen und 2400 Lehrer hinter den Evangelischen zurück.

Minister v. Gohler: Diese Vorwürfe habe ich schon wiederholt zahlmäßig zurückgewiesen. Die Entwicklung des preußischen Volksschulwesens ist nach der Richtung der Parität ein Unitum. Wir hatten 1821 227 evangelische Lehrkräfte auf 100 000 Einwohner, aber nur 140 katholische. Heute haben wir 238 evangelische auf 100 000 Einwohner und 216 katholische. Die evangelischen Lehrkräfte haben sich also um $48\frac{1}{2}$ Proc. vermehrt. Heute stehen die katholischen Lehrer annähernd in demselben Verhältnis zur Zahl der Katholiken, wie die evangelischen Lehrer zur Zahl der evangelischen Einwohner. Gerade in den von dem Abg. Hesse angeführten Landesteilen, den Provinzen Westpreußen und Posen und dem Regierungsbezirk Oppeln, hatten wir nach der Statistik von 1871–1880 an Lehrerstellen 337 evangelische und 1610 katholische, und zwar in Westpreußen 171 zu 433, Posen 104 zu 382, Oppeln 62 zu 795. In den Jahren von 1881–86 wurden in Westpreußen nur 19 evangelische, dagegen 133 katholische Lehrer neu angestellt. Die Zahl der evangelischen Schulen hat trotz der Zunahme der Bevölkerung in dieser Periode abgenommen. Es ist ferner ein Irrthum, daß die Unterrichtsverwaltung evangelische Minoritätschulen auf jeden Fall aufrecht erhält, die katholischen aber nicht in gleichem Maße begünstige. Wir haben sogar 311 einklassige katholische Minoritätschulen mit weniger als 30 Schülern. Das „Westpreußische Volksblatt“ verlangt, daß auch die stiftungsmäßigen evangelischen Schulen im Bezirk Marienwerder in katholische umgewandelt werden sollen. Die Schulverwaltung kann bei einer Schule, die stiftungsmäßig einen bestimmten Charakter hat, nicht einfach der Verschiebung der Bevölkerung folgen. Nach dem Nachtragsetat von 1888 kann ich neue Schulen gründen nur für Deutsche, und ich erwarte den Beweis, daß ich die deutschen Protestanten zu Ungunsten der deutschen Katholiken bevorzugt habe. Aus dem Schulbaufonds von 800 000 Mk. sind sogar die Katholiken weit mehr unterstützt als die Protestanten. Im Regierungsbezirk Danzig sind 26 katholische Schulbauten unterstützt und nur 4 evangelische, die katholischen haben bekommen 137 440 Mk., die evangelischen 12 759 Mk., in Marienwerder 29 katholische und 29 evangelische, Posen 57 katholische und 25 evangelische, Bromberg 20 katholische und 26 evangelische, Oppeln 70 katholische und 8 evangelische. Ist das unparitätisch? Es ist über Lehrermangel geklagt worden. 1877 hatten wir 58 618 Lehrerstellen, davon waren 4581 nicht ordnungsmäßig besetzt; am 2. Januar 1889 hatten wir 69 435 Lehrerstellen, von denen nur 933 nicht ordnungsmäßig besetzt waren. Die Zahl der Schulkinder auf die Lehrerstellen hat sich von 1880 bis 1886 erhöht von 78,8 auf 71,7 Äpfse. Und diese Dinge sind geleistet, trotzdem das Lehrerpensionsgesetz eingeführt wurde und in den ehemals polnischen Landesteilen neue Schulen gegründet wurden. Das Lehrerpensionsgesetz erledigte etwa 3400 Stellen und die andere Maßregel erforderte 2000 neue Stellen. Der Rückgang der Lehrergehälter in den letzten Decennien, von dem hr. Anröcke sprach, ist nur ein scheinbarer. Er beruht zum größten Theil auf der

Verschiedenartigkeit der Statistik von 1878 und 1886. 1878 wurden zum Gehalt auch alle sächlichen Einnahmen, Feuerungsmaterial, Wohnung u. s. w. zugerechnet, während 1886 nur die rein persönlichen Einnahmen gerechnet worden sind. Sodann wurden 1878 auch viele Mittelschulen zu den Volksschulen mitgerechnet. Stellt man das richtig, dann ergiebt sich keine Abnahme, sonderntheilweise sogar, z. B. in den Städten der Provinz Pommern, eine Zunahme des Durchschnittsgehalts. Dazu kommt, daß die Städte in den letzten Jahren eine große Anzahl junger Lehrer neu angestellt haben, die natürlich in die unterste Gehaltskala zunächst eintraten. Das hat sehr wesentlich dazu beigetragen, daß das Durchschnittsgehalt der Lehrer herunterging. Mit besonderer Anerkennung verdient hervorgehoben zu werden, daß in vielen Landesteilen die aus den Schullisten erwachsenen Erleichterungen nicht lediglich zu Gunsten des städtischen Bürgertums, sondern vielfach zur Aufbesserung der Lehrer verwandt worden sind. Eine weitere Besserung hoffen wir bei der allgemeinen Beamtaufbesserung schaffen zu können.

Abg. Windthorst hält das Zahlenmaterial des Abg. Hesse durch den Minister nicht für widerlegt. Diesen Streit zu enden muß ein genaues statistisches Material für den ganzen Staat vorgelegt werden. Der Minister hob hervor, daß für die deutschen evangelischen und die deutschen katholischen Schulen gleich gesorgt sei, für die polnischen Schulen aber andere Verhältnisse seien. Ich weiß nicht, weshalb die Polen anders behandelt werden sollen. Über die allgemeinen Schulfragen werde ich wohl Gelegenheit haben, bei unserem Schulantrag zu sprechen. (Zuruf rechts: Kommt er denn noch?) Ja, alle Jahre, bis der Erfolg da ist. (Heiterkeit) 150 000 katholische Kinder gehen im Regierungsbezirk Marienwerder in evangelische Schulen, aber nur 25 000 evangelische Kinder in katholische Schulen, was sagt der Minister dazu?

Minister v. Gohler: Das letzte ist ein Irrthum; es gehen 54 950 katholische Kinder in evangelische Schulen und 25 878 evangelische Kinder in katholische Schulen. (Hört! rechts.) Für den Religionsunterricht der Minorität sorge ich nach Möglichkeit dadurch, daß ein benachbarter Lehrer damit betraut wird. Wenn das nicht möglich ist, dann wird ein besonderer Lehrer der Minoritätsconfession an der Schule angestellt, hauptsächlich wegen des Religionsunterrichts.

Abg. Conrad (Centr.) beklagt sich darüber, daß in den oberösterreichischen Schulen die Kinder den Religionsunterricht in einer Sprache erhalten, welche sie erst erlernen müssen.

Abg. Gerlich (freicons.): Die Ziffern des hrn. Hesse sind etwas antiquiert. In den letzten zehn Jahren sind viermal so viel katholische Schulen als evangelische Schulen gegründet worden. Etwas hat sich das Verhältnis in der letzten Zeit verschoben in Folge der Polengesetze; die westpreußischen Verhältnisse verstehen nur jemand, der da gewesen ist. Sobald ein Katholik aus dem Herzen Deutschlands nach Westpreußen kommt, wird er von der polnischen Propaganda in Anspruch genommen und wird bald ihr Anhänger. Schulen, die von deutschen Bauern gegründet und mit deutschem Gelde unterhalten werden, sind durch die katholischen Lehrer zu polnischen Schulen geworden. Den Polen waren neue katholische Schulen aufgedrängt. Es gibt auch viele Schulen in Westpreußen, welche von einer

Mehrheit evangelischer Kinder besucht und trotzdem mit einem katholischen Lehrer besetzt sind. Den Beschwerden der Katholiken können ebenso viele Beschwerden der Evangelischen gegenübergestellt werden.

Damit schließt die Debatte.
Nächste Sitzung: Montag.

Danzig, 24. März.

* [Ostdeutscher Zweigverein für Rübenzucker-Industrie.] Am nächsten Sonnabend, 29. März, wird in Danzig (Saal der Concordia) der oben genannte Verein seine 15. General-Versammlung abhalten. Auf der Tagesordnung stehen Geschäftsberichte, Rückblick auf die bisherige Thätigkeit des Vereins, eine nochmalige Berathung über Begründung einer Zucker-Commissions-Bank (Referent der Vorsitzende Herr Director Grundmann-Tapiau), sodann chemisch-technische Verhandlungen. Nach Schluss der Verhandlungen findet ein gemeinsames Mittagsmahl statt.

* [Guppenküche.] In der vorigen Woche wurden in der hiesigen Guppenküche verabschiedet: Am 16. März 1025 Liter, am 17. März 973 Liter, am 18. März 816 Liter, am 19. März 840 Liter, am 20. März 817 Liter, am 21. März 719 Liter, am 22. März 785 Liter warmen Essens. Es wird beabsichtigt, die Rübe in den nächsten Tagen zu schließen.

* [Klassensteuer-Einstützung.] Nach der von der hiesigen königl. Regierung festgesetzten Kreis-Nachweisung beträgt das in dem hiesigen Stadtkreise für das Steuerjahr 1890/91 veranlagte Klassensteuersoll 153 219 Mk. und der neunmonatliche Erhebungsbetrag 114 914,25 Mark.

* [Selbstmord.] Gestern Morgen wurde der seit mehreren Jahren als Wagenpuzer auf dem Hohenhorbachhofe beschäftigte Arbeiter G. kurz nach Antritt seines Dienstes ermordet. Er war, wie festgestellt wurde, auch nicht wieder nach Hause zurückgekehrt. Als gestern Nachmittag zufällig ein kleineres Coupé eines Reservewagens dritter Klasse gesichtet wurde, entdeckte man, daß der Unglückliche sich in diesem Coupé erhängt hatte. G. war ein fleißiger ordentlicher Mensch und hinterläßt Frau und Kinder.

* [Aufführung im städtischen Gymnasium.] Um einen Fonds zur Anschaffung einer kleinen Orgel zu sammeln, fand gestern Abend in der Aula unter der Leitung des Gesangleiters Herrn v. Kieselnicke die Aufführung des väterländischen Festspiels „Am Kniffhäuser“ statt. Die instrumentalen und vocalen Theile wurden von Schülern des Gymnasiums gegeben. Das Ganze wurde durch ein, von Herrn v. Kieselnicke componirtes Fest-Vorspiel für Streich-Orchester und Pianoforte eingeleitet, auf welches ein Chor aus „Saul“ von Händel folgte. Dann erschien ein Herold, der die Mär vom verzauberten Barbarossa im Kniffhäuser erzählte, worauf der Chor das Lied: „Der alte Barbarossa“, dessen beide lebte Verse von einem Gol Quartett vorgetragen wurden, sang. Während der Herold nun von den Siegen Friedrichs des Großen, von den Freiheitskriegen, von den deutschen Kriegen in den Jahren 1864 und 1866 und dem französischen Kriege 1870/71 erzählte, traten bei

den Erzählungen Personen aus den einzelnen Zeitepochen auf und trugen, vom Chor unterstellt, entsprechende Gesangspiècen vor. Nach Beendigung dieser Vorträge versammelten sich alle mitwirkenden Personen, zu welchen sich eine Anzahl von Trommlern und Pfeifern gesellte, auf der Bühne. Der Chor sang dann mehrere Lieder und das ganze endigte nach der Verkrönung der Büste Kaiser Wilhelms I. mit der Nationalhymne. Das Festspiel, welches recht brav gesungen und flott dargestellt wurde, fand bei den sehr zahlreichen Zuhörern reichen Beifall.

w. r. Putzig. 23. März. Der Haushaltstaat unserer Stadt ist für das Jahr 1890/91 in Einnahme und Ausgabe auf 27 222 Mk. festgelegt. Die Einnahme wird erzielt aus 8468 Mk. Zinsen und 17 564 Mk. Landpacht, Miete und Staatsbeitrag zur Entlastung der Volksschulen. Communalsteuern werden nicht erhoben. Unter den Ausgaben fällt wohl der Beitrag von 5392 Mark auf, welcher bei einer Zahl von ca. 1800 Einwohnern für die Ortsarmen bestimmt ist. — Mit dem Beginn der besseren Jahreszeit zeigt der Vorstand unseres Verschönerungsvereins, dem die Herren Landrat Dr. Albrecht, Bürgermeister Gerek, Apotheker Kuhn, Organist Witte und Gutsbesitzer v. Wiszki an gehören, die eifrigste Thätigkeit. Die an der See gelegenen Anlagen werden um ein gleiches Stück, welches bereits planirt und mit Gängen, einigen Pflanzungen versehen ist, nunmehr vergrößert, die Seefuxen befestigt. Erfreulich ist der Umstand, daß auch die Umgegend ihr Interesse für den Verein durch rege Besuch bekundet. So stellte Herr Administrator Klebe-Gelbau sein volles Gefüll einen Tag lang zur Verfügung, um den von der Stadt nach den Anlagen führenden Weg mit Ales neu schütten zu lassen. — Wie verlautet, hat der jetzige Besitzer der hiesigen Badeanstalt die Absicht, die Anstalt für einen nicht hohen Preis der Commune zu übergeben, und es wäre zu wünschen, daß dieselbe dies annehmen würde, damit unser Städtchen sich auch in dieser Beziehung heben könnte.

s. Platz, 23. März. Auch in unserer Gegend nehmen die Klagen über die Auswanderung von Gelehrten und Insleuten immer mehr zu, und es hat unter Landrat deshalb Veranlassung genommen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Dienstherrlichkeit durch rechtzeitiges und energisches Vorgehen sich vor dieser calamitatis des Arbeitersmangels schützen kann. § 132 des Gesetzes vom 30. Juli 1883 über die allgemeine Landesverwaltung biete drei Mittel, um der Verirgungsbrüchigkeit des Dienstes entgegen zu treten, nämlich: Antrag auf Bestrafung, Zwangsverfahren zur Fortsetzung des Dienstes und Verfolgung der Entschädigungsansprüche. — Die Eisenbahn-Direction Bromberg hat den Regierungsbauemeister Breust mit den ausführlichen Vorarbeiten für den Bau der bereits beschlossenen Eisenbahnstrecke Nakel-Könitz beauftragt.

≤ Dt. Eylau, 23. März. Am 20. d. Mts. tagte die hiesige Stadtverordneten-Versammlung von 5 Uhr Nachmittags bis 11½ Uhr Nachts. Die beiden letzten Vorträgen betreffend eine Erhöhung der Bureaukosten für den Bürgermeister und eine Aufbesserung der Miethenschädigung für die städtischen Lehrer kamen in geheimer Sitzung zur endgültigen Entscheidung. Beide Gesuche wurden bewilligt, und es erhielten die Lehrer fünf Prozent Zuschlag zu ihrem Gehalte für das laufende Staatsjahr. Nachdem man beschlossen, einen besoldeten Schriftführer für die Stadtverordneten-Versammlung anzustellen, wurde endgültig über den Bau eines Schlachthauses verhandelt und beschlossen, von dem Gute Schönhoff, welches mit seinen Ländereien unmittelbar an die Stadt stößt, daß nothwendige Land, den Morgen für tausend Mark, anzu kaufen. Ferner wurde beschlossen, auf das von der königl. Regierung vorgelegte Ablösungsverfahren der Fischereigerechtig-

keit im ostpreußischen Anteil des Geserichses nicht einzugehen.

≤ Bromberg, 23. März. Auf die von der hiesigen Handelskammer oder vom Verein der Holzinteressenten an den Minister gerichtete Denkschrift, nach welcher zur Hebung des Holzverkehrs im Kanal Doppelschleufen angelegt, die Schleusenbassins erweitert und verschiedene andere Anlagen eingerichtet werden sollten — wie ich dies i. J. mitgetheilt — ist eine abschlägige Antwort erfolgt. Der Minister soll sich dahin geäußert haben, daß an einer derartigen Erweiterung vor der Hand nicht zu denken sei, da der Kanal in seiner gegenwärtigen Einrichtung vollständig genüge. — Die Gründung des Kanalverkehrs in diesem Jahre wird am 29. März erfolgen, denn bis dahin werden erst die nothwendig gewordenen Reparaturen am Kanalufer und an den Schleußen etc. beendet sein. Es soll dann aber auch gleich mit dem Tag- und Nachschleufen begonnen werden — früher geschah dies erst im Monat Mai oder Juni —, um zunächst das in der Unterbrahe und im Hafen von Brahemünde vom vergangenen Jahre her lagernde Holz, ca. 4000 Schülen, durch den Kanal zu schaffen.

Börsen-Depeschchen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 22. März. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, Hollsteinischer loco neuer 185—184. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, russ. loco ruhig, 114—124. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübst (unverpol.) seit. loco 70. — Spiritus ruhig, per März 22½ Br., per April-Mai 22½ Br., per Mai-Juni 22½ Br., per August-Septbr. 23½ Br. — Raffee ruhig. — Petroleum still. Standard white loco 6.70 Br., per August-Dezember 7.00 Br. Weiter: Reamerisch.

Hamburg, 22. März. Barree. Good average Santos per März 84½, per Mai 84½ per Septbr. 82½, per Dezbr. 78½. Behauptet.

Hamburg, 22. März. Buttermarkt. Rübenrohreicher Product. Butte 88% Rendement neue Miance, f. a. R. Hamburg per März 12.25, per Mai 12.35, per Juli 12.55, per August 12.62½, Flau.

Davore, 22. März. Raffee Good average Santos per März 105.75, per Mai 106.00, per Sept. 104.50. Behauptet.

Bremen, 22. März. Petroleum. (Schlußbericht) Ruhig, seit. Standard white loco 6.65 Br.

Frankfurt a. M., 22. März. Effecten-Societät. (Schluß) Credit-Actionen 280½, Frankien 188½, Lombarden 182½, Goldrenpte 94.20, 4% ungar. Goldrente 85.80, Solothurn 161.30, Disconto-Commandit 225.80, Dressener Bank 150.00, La. Veloce 92.20, Mainzer 118. Still.

Wien, 22. März. (Gutten-Courier) Deuterr. Exportante 86.50, do. 82% do. 101.90, do. Silberrente 86.70, 4% Silberrente 109.75, do. ungar. Goldr. 100.80, 5% Pesterrente 97.90, 1880er Locce 128.75, ungar. Aut. 151.25, Länderbank 217.80, Creditact. 108.75, Unionbank 246.25, ungar. Creditactien 247.00, Wiener Bankverein 119.10, Südm. Weltb. — Böh. Nordbahn —, Busch Eisenbahn 415.00, Duz-Hohenbacher —, Elbenthalbahn 216.00, Nordbahn 2820.00, Frankien 218.75, Galizier 192.25, Lemberg-Ejern. 227.00, Lombarden 123.25, Nordwestbahn 201.25, Barbudiner 170.00, Ab. Mont. Act. 94.25, Ausch-Actionen 107.50, Amsterdamer Wochel 88.85, Deutsche Blüche 26.70, Louvorer Wochel 119.50, Norw. Wochel 47.35, Rapoisons 9.48, Marknoten 58.72½, Russ. Banknoten 1.29, Gilbercoupons 100.

Amsterdam, 22. März. Getreidemarkt. Weizen per März —, per Mai 200, per Novbr. —. — Roggen per März 144—145—149, per Mai 141, per Oktober 133—132.

Antwerpen, 22. März. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig, Hafer behauptet. Gerste unverändert. Antwerpen, 22. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht) Nafftinkies, Erze weiß loco 17 bez. und Br., per März 16½ Br., per April 16¾ Br., per Sept.-Dezbr. 17½ Br. Ruhig.

≤ Paris, 22. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen ruhig, per März 24.40, per April 24.75, per Mai-Juni 24.40, per Mai-August 24.40. — Roggen fest, per März 18.75, per Mai-August 15.75. — Mehl ruhig, per März 53.50, per April 53.30, per Mai-Juni 53.60, per Mai-August 53.80. — Rübst ruhig, per März 70.00, per April 70.00, per Mai-Juni 70.00, per

Septbr.-Dezember 66.50. — Spiritus ruhig, per März 35.75, per April 36.25, per Mai-August 37.25, per Sept.-Dezbr. 38.25. Weiter: Schön.

Paris, 22. März. (Schlußbericht) 3½ ungar. Rente 82.25, 3% Rente 87.65, 4½% Aut. 105.82½, 5% Italien. Rente 91.95, österr. Goldrente 94½, 4% uns. Goldrente 88.06, 4% Russen 1880 — 4% Russen 1889 —, 4% ungar. Rappier 478.56, 4% Iran. Aut. Anleihe 73½, converti. Lükken 18.00, türkische Coote 71.40, 5% grün. Türk. Obligationen 98.00, Frankien 147.50, Lombarden 278.75, Lomb. Prioritäten 318.75, Banque ottomane 637.50, Banque de Paris 785.00, Banque des Comptes 516.25, Crédit foncier 1307.50, do. mobilier 468.75, Meridional-Act. 672.50, Panamakanal-Act. —, do. 5% Oblig. 39.00, Rio Tinto-Aktionen 402.50, Guiccan-Aktionen 2306.25, Wechsel auf deutsche Blätter 122½, Londoner Wechsel kurz 26.22, Cheques a. London 26.24, Compt. d'Escompte neue 612.50, Robinson 81.25.

London, 22. März. An der Börse 1 Weizenabfuhr angeboten. — Weiter: Aufgeheitert.

London, 22. März. Eng. 2½% Consols 97½, preuß. 4% Consols 105, ital. 5% Rente 91, Lombarden 11½, 4% cont. Russen von 1889 (II. Serie) 93½ cont. Lükken 17½, österr. Silberrente 74, österr. Goldrente 84, 4% ungarische Goldrente 85.85, 4% Spanien 73, 4% portugiesische Rappier 105, 4% ungar. Rappier 34½, 5% serbantische Rappier 160½, 4½% ungar. Tributum 17½, 6% contol. Bergmänner 95½, Ottomankbank 11½, Guiccan-Aktionen 91½, Canada-Pacific 74½, De Beers-Aktionen neu 16½, Rio Tinto 17½, Ribblesdale 1½% do. Gold 43½, Ulster-Discount 27½%.

Gießen, 22. März. Baumwolle. (Schlußbericht) Umlauf 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Fest. Mittl. amerikan. Lieferungen: per März-April 6½% Verkäuferpreis, per April-Mai 6½% do. per Mai-Juni 6½% do. per Juni-Juli 6½% do. per Juli-August 6½% do. per August-Septbr. 6½% do. per Sept. 6½% do. per September-Oktober 5% d. Verkäuferpreis.

Kemnitz, 22. März. (Gutten-Courier) Weizen loco 180—188, buntmärk. 195 ab frei Wagen, per April-Mai 193.50—194—193 M. per Mai-Juni 194—194.50—194.75 ab frei, per Juli-August 194.50—194.75—194 M. per Juli-August 194.50—194.75—194 M. — Roggen niedriger, loco 160—168, do. per April-Mai 165.50, do. per Mai-Juni 165.00—166.00, per Juli-August 166.00—167.00, per Sept.-Oktbr. 167.00—168.00, per Okt.-Novbr. 168.00—169.00, per Nov.-Dezbr. 169.00—170.00, per Jan.-Febr. 170.00—171.00, per Febr.-März 171.00—172.00, per März 172.00—173.00, per Apr.-Mai 173.00—174.00, per Mai-Juni 174.00—175.00, per Juni-Juli 175.00—176.00, per Juli-August 176.00—177.00, per Sept.-Oktbr. 177.00—178.00, per Okt.-Novbr. 178.00—179.00, per Nov.-Dezbr. 179.00—180.00, per Jan.-Febr. 180.00—181.00, per März 181.00—182.00, per Apr.-Mai 182.00—183.00, per Mai-Juni 183.00—184.00, per Juni-Juli 184.00—185.00, per Juli-August 185.00—186.00, per Sept.-Oktbr. 186.00—187.00, per Okt.-Novbr. 187.00—188.00, per Nov.-Dezbr. 188.00—189.00, per Jan.-Febr. 189.00—190.00, per März 190.00—191.00, per Apr.-Mai 191.00—192.00, per Mai-Juni 192.00—193.00, per Juni-Juli 193.00—194.00, per Juli-August 194.00—195.00, per Sept.-Oktbr. 195.00—196.00, per Okt.-Novbr. 196.00—197.00, per Nov.-Dezbr. 197.00—198.00, per Jan.-Febr. 198.00—199.00, per März 199.00—200.00, per Apr.-Mai 200.00—201.00, per Mai-Juni 201.00—202.00, per Juni-Juli 202.00—203.00, per Juli-August 203.00—204.00, per Sept.-Oktbr. 204.00—205.00, per Okt.-Novbr. 205.00—206.00, per Nov.-Dezbr. 206.00—207.00, per Jan.-Febr. 207.00—208.00, per März 208.00—209.00, per Apr.-Mai 209.00—210.00, per Mai-Juni 210.00—211.00, per Juni-Juli 211.00—212.00, per Juli-August 212.00—213.00, per Sept.-Oktbr. 213.00—214.00, per Okt.-Novbr. 214.00—215.00, per Nov.-Dezbr. 215.00—216.00, per Jan.-Febr. 216.00—217.00, per März 217.00—218.00, per Apr.-Mai 218.00—219.00, per Mai-Juni 219.00—220.00, per Juni-Juli 220.00—221.00, per Juli-August 221.00—222.00, per Sept.-Oktbr. 222.00—223.00, per Okt.-Novbr. 223.00—224.00, per Nov.-Dezbr. 224.00—225.00, per Jan.-Febr. 225.00—226.00, per März 226.00—227.00, per Apr.-Mai 227.00—228.00, per Mai-Juni 228.00—229.00, per Juni-Juli 229.00—230.00, per Juli-August 230.00—231.00, per Sept.-Oktbr. 231.00—232.00, per Okt.-Novbr. 232.00—233.00, per Nov.-Dezbr. 233.00—234.00, per Jan.-Febr. 234.00—235.00, per März 235.00—236.00, per Apr.-Mai 236.00—237.00, per Mai-Juni 237.00—238.00, per Juni-Juli 238.00—239.00, per Juli-August 239.00—240.00, per Sept.-Oktbr. 240.00—241.00, per Okt.-Novbr. 241.00—242.00, per Nov.-Dezbr. 242.00—243.00, per Jan.-Febr. 243.00—244.00, per März 244.00—245.00, per Apr.-Mai 245.00—246.00, per Mai-Juni 246.00—247.00, per Juni-Juli 247.00—248.00, per Juli-August 248.00—249.00, per Sept.-Oktbr. 249.00—250.00, per Okt.-Novbr. 250.00—251.00, per Nov.-Dezbr. 251.00—252.00, per Jan.-Febr. 252.00—253.00, per März 253.00—254.00, per Apr.-Mai 254.00—255.00, per Mai-Juni 255.00—256.00, per Juni-Juli 256.00—257.00, per Juli-August 257.00—258.00, per Sept.-Oktbr. 258.00—259.00, per Okt.-Novbr. 259.00—260.00, per Nov.-Dezbr. 260.00—261.00, per Jan.-Febr. 261.00—262.00, per März 262.00—263.00, per Apr.-Mai 263.00—264.00, per Mai-Juni 264.00—265.00, per Juni-Juli 265.00—266.00, per Juli-August 266.00—267.00, per Sept.-Oktbr. 267.00—268.00, per Okt.-Novbr. 268.00—269.00, per Nov.-Dezbr. 269.00—270.00, per Jan.-Febr. 270.00—271.00, per März 271.00—272.00, per Apr.-Mai 272.00—273.00, per Mai-Juni 273.00—274.00, per Juni-Juli 274.00—275.00, per Juli-August 275.00—276.00, per Sept.-Oktbr. 276.00—277.00, per Okt.-Novbr. 277.00—278.00, per Nov.-Dezbr. 278.00—279.00, per Jan.-Febr. 279.00—280.00, per März 280.00—281.00, per Apr.-Mai 281.00—282.00, per Mai-Juni 282.00—283.00, per Juni-Juli 283.00—284.00, per Juli-August 284.00—285.00, per Sept.-Oktbr. 285.00—286.00, per Okt.-Novbr. 286.00—287.00, per Nov.-Dezbr. 287.00—288.00, per Jan.-Febr. 288.00—289.00, per März 289.00—290.00, per Apr.-Mai 290.00—291.00, per Mai-Juni 291.00—292.00, per Juni-Juli 292.00—293.00, per Juli-August 293.00—294.00, per Sept.-Oktbr. 294.00—295.00, per Okt.-Novbr. 295.00—296.00, per Nov.-Dezbr. 296.00—297.00, per Jan.-Febr. 297.00—298.00, per März 298.00—299.00, per Apr.-Mai 299.00—300.00, per Mai-Juni 300.00—301.00, per Juni-Juli 301.00—302.00, per Juli-August 302.00—303.00, per Sept.-Oktbr. 303.00—304.00, per Okt.-Novbr. 304.00—305.00, per Nov.-Dezbr. 305.00—306.00, per Jan.-Febr. 306.00—307.00, per März 307.00—308.00, per Apr.-Mai 308.00—309.00, per Mai-Juni 309.00—310.00, per Juni-Juli 310.00—311.00, per Juli-August 311.00—312.00, per Sept.-Oktbr. 312.00—313.00, per Okt.-Novbr. 313.00—314.00, per Nov.-Dezbr. 314.00—315.00, per Jan.-Febr. 315.00—316.00, per März 316.00—317.00, per Apr.-Mai 317.00—318.00, per Mai-Juni 318.00—319.00, per Juni-Juli 319.00—320.00, per Juli-August 320.00—321.00, per Sept.-Oktbr. 321.00—322.00, per Okt.-Novbr. 322.00—323.00, per Nov.-Dezbr. 323.00—324.00, per Jan.-Febr. 324.00—325.00, per März 325.00—326.00, per Apr.-Mai 326.00—327.00, per Mai-Juni 327.00—328.00, per Juni-Juli 328.00—329.00, per Juli-August 329.00—330.00, per Sept.-Oktbr. 330.00—331.00, per Okt.-Novbr. 331.00—332.00, per Nov.-Dezbr. 332.00—333.00, per Jan.-Febr. 333.00—334.00, per März 334.00—335.00, per Apr.-Mai 335.00—336.00, per Mai-Juni 336.00—337.00, per Juni-Juli 337.00—338.00, per Juli-August 338.00—339.00, per Sept.-Oktbr. 339.00—340.00, per Okt.-Novbr. 340.00—341.00, per Nov.-Dezbr. 341.00—342.00, per Jan.-Febr. 342.00—343.00, per März 343.00—344.00, per Apr.-Mai 344.00—345.00, per Mai-Juni 345.00—346.00, per Juni-Juli 346.00—347.00, per Juli-August 347.00—348.00, per Sept.-Oktbr. 348.00—349.00, per Okt.-Novbr. 349.00—350.00, per Nov.-Dezbr. 350.00—351.00, per Jan.-Febr. 351.00—352.00, per März 352.00—353.00, per Apr.-Mai 353.00—354.00, per Mai-Juni 354.00—355.00, per Juni-Juli 355.00—356.00, per Juli-August 356.00—357.00, per Sept.-Oktbr. 357.00—358.00, per Okt.-Novbr. 358.00—359.00, per Nov.-Dezbr. 359.00—360.00, per Jan.-Febr. 360.00—361.00, per März 361.00—362.00, per Apr.-Mai 362.00—363.00, per Mai-Juni 363.00—364.00, per Juni-Juli 364.00—365.00, per Juli-August 365.00—366.00, per Sept.-Oktbr. 366.00—367.00, per Okt.-Novbr. 367.00—368.00, per Nov.-Dezbr. 368.00—369.00, per Jan.-Febr. 369.00—370.00, per März 370.00—371.00, per Apr.-Mai 371.00—372.00, per Mai-Juni 372.00—373.00, per Juni-Juli 373.00—374.00, per Juli-August 374.00—375.00, per Sept.-Oktbr. 375.00—376.00, per Okt.-Novbr. 376.00—377.00, per Nov.-Dezbr. 377.00—378.00, per Jan.-Febr. 378.00—379.00, per März 379.00—380.00, per Apr.-Mai 380.00—381.00, per Mai-Juni 381.00—382.00, per Juni-Juli 382.00—383.00, per Juli-August 383.00—384.00, per Sept.-Oktbr. 384.00—385.00, per Okt.-Novbr. 385.00—386.00, per Nov.-Dezbr. 386.00—387.00, per Jan.-Febr. 387.00—388.00, per März 388.00—389.00, per Apr.-Mai 389.00—390.00, per Mai-Juni 390.00—391.00, per Juni-Juli 391.00—392.00, per Juli-August 392.00—393.00, per Sept.-Oktbr. 393.00—394.00, per Okt.-Novbr. 394.00—395.00, per Nov.-Dezbr. 395.00—396.00, per Jan.-Febr. 396.00—397.00, per März 397.00—398.00, per Apr.-Mai 398.00—399.00, per Mai-Juni 399.00—400.00, per Juni-Juli 400.00—401.00, per Juli-August 401.00—402.00, per Sept.-Oktbr. 402.00—403.00, per Okt.-Novbr. 403.00—404.00, per Nov.-Dezbr. 404.00—405.00, per Jan.-Febr. 405.00—406.00, per März 406.00—407.00, per Apr.-Mai 407.00—408.00, per Mai-Juni 408.00—409.00, per Juni-Juli 409.00—410.00, per Juli-August 410.00—411.00, per Sept.-Oktbr. 411.00—412.00, per Okt.-Novbr. 412.00—413.00, per Nov.-Dezbr. 413.00—414.00, per Jan.-Febr. 414.00—415.00, per März 415.00—416.00, per Apr.-Mai 416.00—417.00, per Mai-Juni